

Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Verarbeitung von Mitarbeiterdaten innerhalb des Unternehmens

**RoweMed AG – Medical 4 Life
Juri-Gagarin-Ring 4
19370 Parchim
Deutschland**

Inhaltsverzeichnis

1. Verantwortlichkeiten	3
1.1 Verantwortlichkeiten	3
1.2 Zuständigkeiten	3
1.3 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	3
2. Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten	4
2.1 Beschreibung	4
2.2 Zweck der Datenverarbeitung	4
2.3 Rechtsgrundlage	4
2.4 Berechtigte Interessen	5
2.5 Speicherdauer	5
2.6 Erfordernis und Folgen der Nichtbereitstellung	5
2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	6
2.8 Datenempfänger	6
2.8.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	6
2.8.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	7
2.8.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission	7
2.8.4 Garantien und Erhalt der Garantien	7
3 Rechte der Betroffenen	8
3.1 Recht auf Widerruf	8
3.2 Recht auf Auskunft	8
3.3 Recht auf Berichtigung	8
3.4 Recht auf Löschung	8
3.5 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	9
3.6 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	9
3.7 Recht auf Datenübertragbarkeit	10
3.8 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	10

1. Verantwortlichkeiten

1.1 Verantwortlichkeiten

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

RoweMed AG – Medical 4 Life
Juri-Gagarin-Ring 4
19370 Parchim
Deutschland

1.2 Zuständigkeiten

Personalabteilung

1.3 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Wirtschaftskontor Weinert - WKW Beratungsgesellschaft mbH
André Weinert
Beim Wendentor 1
18055 Rostock
E-Mail: E-Mail: dsb@rowemed.de

2. Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

2.1 Beschreibung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Begründung und Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses bzw. zur Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten Ihnen gegenüber.

Personenbezogene Daten von Mitarbeitern werden grundsätzlich direkt bei den Mitarbeitern im Rahmen des Einstellungsprozesses oder während des Beschäftigungsverhältnisses erhoben. In bestimmten Konstellationen werden personenbezogene Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften auch bei anderen Stellen erhoben. Dazu gehören anlassbezogene Abfragen von steuerrelevanten Informationen beim zuständigen Finanzamt sowie Informationen über Arbeitsunfähigkeitszeiten bei der jeweiligen Krankenkasse. Darüber hinaus erfolgt eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfassung und Verwaltung Ihrer Arbeitszeiten gemäß den geltenden gesetzlichen Vorgaben

2.2 Zweck der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre persönlichen Daten, soweit dies erforderlich ist, zu folgendem Zweck / zu folgenden Zwecken:

- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses sowie zur Erfüllung der sich daraus ergebenden vertraglichen und gesetzlichen Pflichten. Dies umfasst insbesondere:
 - die Verwaltung und Organisation Ihrer Anstellung,
 - die Lohn- und Gehaltsabrechnung,
 - die Erfassung und Verwaltung von Arbeitszeiten gemäß den gesetzlichen Anforderungen sowie
 - die Erfüllung steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Pflichten.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf Grundlage der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Art. 6 Abs. 1 lit. b) und c) DSGVO sowie des § 26 BDSG.

2.3 Rechtsgrundlage

Die im Zusammenhang mit dem Zweck/den Zwecken der Verarbeitung stehende/n Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist / sind:

- **Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO** für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Einwilligung)
- **Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO** zur Erfüllung eines Vertrags oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen

- **Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO** zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen
- **Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO** - Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Berechtigtes Interesse)
- **Art. 88 DSGVO** – Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext
- **BDSG: § 26 (neu)** - Datenverarbeitung zum Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses

2.4 Berechtigte Interessen

Die Angabe der „berechtigten Interessen“ des Verantwortlichen oder des Dritten, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten verfolgt werden sollen, bezieht sich auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

- Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen

2.5 Speicherdauer

Die Speicherdauer enthält die Information darüber, wie lange wir die Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten vornehmen bzw. wann diese gelöscht werden.

- Ihre personenbezogenen Daten werden für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses und darüber hinaus nur so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten oder zur Wahrung berechtigter Interessen erforderlich ist. Nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses werden Ihre Daten gelöscht, sobald deren Aufbewahrung nicht mehr erforderlich ist. Dies richtet sich nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, die z. B. aus dem Steuerrecht, dem Handelsrecht oder dem Sozialversicherungsrecht resultieren. Dies bedeutet im Regelfall eine Aufbewahrung von bis zu 10 Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem das Beschäftigungsverhältnis endet.

Daten, die im Rahmen der Arbeitszeiterfassung verarbeitet wurden, werden ebenfalls nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht, sofern keine längeren Aufbewahrungsfristen aufgrund besonderer rechtlicher Bestimmungen erforderlich sind.

2.6 Erfordernis und Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung von personenbezogenen Daten durch betroffene Personen kann gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich sein. Ebenso kann eine Verpflichtung bestehen, die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

- Die Bereitstellung der Daten ist für den angestrebten Vertragsabschluss notwendig.

Sofern die personenbezogenen Daten nicht bereit gestellt werden, könnte diese Nichtbereitstellung die folgenden

Konsequenzen nach sich ziehen:

- Eine Verarbeitung Ihrer Daten zu oben genanntem Zweck ist nur möglich, falls Sie die personenbezogenen Daten bereitstellen.

2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

- Eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling findet nicht statt.

2.8 Datenempfänger

2.8.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde

Der Begriff des „Empfängers“ wird in Art. 4 Nr. 9 DSGVO definiert als "eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogenen Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht".

- Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses ausschließlich an diejenigen Stellen und Personen weitergegeben, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Dies umfasst u.a.:

- Interne Abteilungen wie die Personalabteilung, Lohnbuchhaltung und die IT-Abteilung.

- Externe Dienstleister, die uns bei der Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses unterstützen (z. B. Lohnabrechnungsdienstleister, IT-Dienstleister, Dienstleister für Arbeitszeiterfassung), sofern dies datenschutzrechtlich zulässig ist.

- Behörden und öffentliche Stellen wie Finanzämter, Sozialversicherungsträger und Krankenkassen im Rahmen der gesetzlichen Pflichten.

- Externe Prüfinstanzen wie z. B. Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer, die zur Erfüllung von Prüfungs- und Dokumentationspflichten Einsicht in relevante Daten nehmen müssen.

Die Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, wenn dies gesetzlich zulässig oder durch eine vertragliche

Vereinbarung erforderlich ist und alle datenschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Eine Weitergabe in Drittländer erfolgt nur, wenn die gesetzlichen Anforderungen des Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind.

2.8.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine „internationale Organisation“ (vgl. Begriffsbestimmung Art. 4 Nr. 26 DSGVO) oder an Verantwortliche, Auftragsverarbeiter oder sonstige Empfänger in einem Land außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) birgt aus Sicht der betroffenen Person besondere Datenschutzrisiken.

- Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt.

2.8.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn die Kommission beschlossen hat, dass das betreffende Drittland, ein Gebiet oder ein oder mehrere spezifische Sektoren in diesem Drittland oder die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation ohne angemessenes Datenschutzniveau.

2.8.4 Garantien und Erhalt der Garantien

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn hinreichend Garantien vorliegen, dass die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur unter Einhaltung von Verhaltensregeln, welche im Zusammenhang mit geeigneten Garantien stehen, die den Schutz der Anwendung von übermittelnden Daten gewährleistet und gleichermaßen rechtsverbindliche und durchsetzbare Verpflichtungen des Empfängers darstellen.

3 Rechte der Betroffenen

3.1 Recht auf Widerruf

Die betroffene Person hat das Recht, eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen.

- Wenn Sie in eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

3.2 Recht auf Auskunft

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten.

- Sie haben das Recht auf Auskunft über die von uns zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten. Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir dann ggf. Nachweise von Ihnen verlangen, die belegen, dass Sie die Person sind, für die Sie sich ausgeben.

3.3 Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

- Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung, das heißt Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

3.4 Recht auf Löschung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen.

- Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Wir sind verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen.
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

3.5 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

- Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:
 - a. Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
 - b. Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
 - c. Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
 - d. Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt.

Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

3.6 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen.

- Insbesondere haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten im Zusammenhang mit einer Direktwerbung, wenn diese auf Basis einer Interessenabwägung erfolgt. Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung.

3.7 Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln.

- Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

3.8 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Die betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. An folgende Aufsichtsbehörde/n kann eine solche Beschwerde gerichtet werden:

- Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern

Werderstr. 74 a

19055 Schwerin

Telefon: 0385/59494-0

E-Mail: info@datenschutz-mv.de